

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 45 (1966)
Heft: 7-8

Artikel: Freiheit und Fraktionszwang
Autor: Lienhard, Richard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-337825>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 31.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ralen Vergangenheit zu dieser Mission bestimmt worden. Er trat sofort dem Jakobinerklub bei und versuchte dann, die französische Königin nach England zu schmuggeln.

Für die Habsburger arbeitete Graf *La Marck*, aus der Familie der Herzöge von *Ahrenberg*. Er verhandelte eine Annäherung zwischen dem Hof und Mirabeau und trat dann wieder als Generalmajor in österreichische Dienste.

Zum Schluß sei noch der mysteriöse Finanzmann *Proli* genannt, dessen eigentliche Rolle nie ganz aufgeklärt wurde. Er war gebürtiger Belgier, stand aber höchstwahrscheinlich in habsburgischen Diensten. Seine Zeitung «*Le Cosmopolite*» wurde, wie die Zeitung Robespierre «*L'Ami du Peuple*» behauptete, vom Wiener Hof bezahlt. Robespierre war mit seinen Anklagen allerdings immer sehr freigebig. Der Revolutionär Marat nahm diesen Proli in Schutz, der Financier trat schließlich den linksradikalen Hébertisten bei, um seine «Treue» zur Französischen Revolution zu beweisen.

DR. RICHARD LIENHARD

Freiheit und Fraktionszwang

Der Zürcher Freisinnige Pressedienst (ZFP) bemühte sich kürzlich, in der «NZZ» unter dem Titel «Die Botschaft hör ich wohl . . .» mit Bezug auf das sozialdemokratische Bekenntnis zur freien Entwicklung der Persönlichkeit einen Zwiespalt zwischen Theorie und Praxis «nachzuweisen». Der «Nachweis» wird mittels einiger vor Zeiten geprägter Schablonen geleistet. Wer ist da nicht versucht, frei nach Brecht zu zitieren: Von der neuen (freisinnigen) Antenne kommen die alten Dummheiten?

T. Biedermann hat im «Volksrecht» den ungläubigen freisinnigen Kommentar treffend quittiert. Wenn ich darauf zurückkomme, so deshalb, weil sich der ZFP nicht nur der Schablone, sondern auch der Legende bedient. In den sozialdemokratischen Fraktionen, so wird behauptet, herrsche der Fraktionszwang, welcher es dem einzelnen Mitglied verbiete, in Freiheit seine Meinung zum Ausdruck zu bringen. Eine solche Unterschlebung ist tatsachenwidrig. Ich kann dies nicht nur als «Ideologe», sondern als Praktiker bestätigen, nachdem ich schon seit Jahren als Mitglied des Zürcher Gemeinderates tätig sein darf.

Gewiß kommt es immer wieder vor, daß sich in der SP-Fraktion des Gemeinderates die Auffassung durchsetzt, in der einen oder andern Frage von grundsätzlicher Bedeutung sollte der Wille der Fraktion möglichst eindeutig zum Ausdruck gebracht werden. Wo es aber um Grundsatzfragen geht, dürfte dem einzelnen Mitglied die Zustimmung nicht schwer fallen. Der Fraktionszwang wäre somit in diesem Fall ohnehin platonischer Natur. Nun gibt es freilich Fälle, in welchen die in der SP-Fraktion vertretenen Gruppeninter-

sen aufeinanderstoßen können. Hier besteht immer die Möglichkeit, in der Fraktionssitzung gegensätzliche Auffassungen zu diskutieren. Wenn im Interesse einer höheren Zielsetzung das eine oder andere Mitglied seine Gruppeninteressen zurückstellt, so spricht dies noch lange nicht gegen das Freiheitsprinzip, sondern höchstens für jene «innere Freiheit», von welcher an vaterländischen Kundgebungen so gerne die Rede ist. In reinen Sachfragen kommt es sodann häufig genug vor, daß zum Beispiel die sozialdemokratischen Mitglieder der RPK gegen die Auffassung der übrigen SP-Mitglieder stimmen. In dieser Hinsicht ist der Leumund der sozialdemokratischen Fraktion im Gemeinderat besonders gut, ich möchte sogar sagen: zu gut . . . Keine Diskussion über die Frage eines Fraktionszwanges gibt es in unserer Fraktion, wo eine ausgeprochene Gewissensfrage auf dem Spiel steht. Der Fraktionschef, der ja auch auf politischer Ebene nicht als Befürworter übertriebener Diätvorschriften bekannt ist, hat hier die «uneingeschränkte Freiheit der Stellungnahme im Rat» stets als Selbstverständlichkeit bezeichnet.

Und wie sieht es bei der freisinnigen Fraktion des Gemeinderates aus? Hier steht regelmäßig Mann für Mann auf, sobald die Interessen ihrer – nicht sehr freien – Privilegien- und Spesenwirtschaft tangiert werden. Da fehlt uns der Glaube: daß das einzelne Mitglied der freisinnigen Fraktion so frei sei, wie es der ZFP gerne wahrhaben möchte. Wenn er schon im Titel mit einem Goethe-Zitat um sich schlägt, so sei uns erlaubt, den gleichen Goethe zu zitieren:

«Gesinnungen sind selten liberal, weil die Gesinnung unmittelbar aus der Person, ihren nächsten Beziehungen und Bedürfnissen hervorgeht.»

Damit ist für alle Zeiten deutlich gesagt, daß es eben auch in der freisinnigen Fraktion einen vielleicht stillschweigenden, aber nicht weniger konsequenten Fraktionszwang gibt.

Im übrigen ist es äußerst problematisch, wenn der ZFP den Fraktionszwang mit dem Freiheitsprinzip in Verbindung bringt. Wenn wir für die freie Entwicklung der Persönlichkeit plädierten, so dachten wir selbstverständlich an die Freiheit des Individuums. Im Parlament aber, wo es in erster Linie gesellschaftliche Aufgaben zu lösen gilt, kann das Freiheitsprinzip nur als gesellschaftliches Problem verstanden werden. Aber abgesehen davon, müßte der Fraktionszwang noch lange nicht im Gegensatz zum Freiheitsprinzip stehen. Kein geringerer als *Salvador de Madariaga*, der soeben anläßlich seines 80. Geburtstages von der «NZZ» als der bahnbrechende Mann der Selbstkritik und Erneuerung des Liberalismus gepriesen wurde, ausgerechnet dieser große Liberale hat vor einigen Tagen in der gleichen «NZZ» unter dem Titel «Zwang und Freiheit» ausgeführt, daß Zwang eine Ordnungskraft sei, auf die keine freiheitliche Ordnung verzichten könne:

«Eine menschliche Gesellschaft kann jedoch ohne einen gewissen Zwang nicht existieren. Er ist eine Kraft, die im menschlichen Zusammenleben ähnlich wirkt wie die Schwerkraft im Universum. Jeder Gegenstand, den man nicht stützt, fällt zu Boden. Das mag gelegentlich unbequem oder gar verhängnisvoll sein, aber ohne die Schwerkraft können wir überhaupt nicht existieren . . . Ein gewisses Minimum an Reibung ist notwendig, oder jede Bewegung kommt zum Stillstand. Ähnlich verhält es sich mit dem Zwang in der freien Gesellschaft.»

Diese Gedankengänge sind für uns Sozialdemokraten nicht neu; neu ist für uns höchstens, dies in der «NZZ» nachzulesen. Lange genug wurde die sozialdemokratische Politik von dem ZFP verketzert mit dem Argument, sie fördere den «Zwang» und die «Zwangswirtschaft», was im Widerspruch zum Freiheitsprinzip stehe. Nun werden die Thesen des ZFP durch die «NZZ» selbst widerlegt. Jedenfalls haben wir den zitierten Äußerungen von Salvador de Madariaga nichts beizufügen, es sei denn die Bemerkung: Das Geschwätz vom Zwang als Ergebnis sozialdemokratischer Politik sollte stets nur von der Tatsache ablenken, daß zum Schutz gewisser gesellschaftlicher Privilegien ständig Zwang ausgeübt wird.

Es wäre nun nachgerade an der Zeit, daß der ZFP daran ginge, im Gespräch mit andern Parteien gewisse Schablonen abzubauen und den Nachweis zu erbringen, daß das Bekenntnis zu «wacher geistiger Selbstkontrolle und intellektueller Redlichkeit» («NZZ» Nr. 3185) ernst gemeint ist.

Profile der Weltpolitik

«Vorwärts», sozialdemokratische Wochenzeitung, Bonn: «Seit der Kubakrise ist die Welt nicht mehr so nahe an den Abgrund des Krieges gerückt. Damals ging es um die direkte Konfrontation der beiden Weltmächte. Chruschtschew und Kennedy legten den Konflikt in letzter Minute in unmittelbarem Kontakt bei. Doch diese Möglichkeit fehlt im Vietnamkonflikt. Dessen Zuspitzung ist um so gefährlicher.»

«Weltwoche», Zürich: «Je länger der Krieg dauert, um so auswegloser scheint die Lage zu werden. Das ist das verhängnislose Fazit, das man aus den Ereignissen der letzten Wochen ziehen muß.»

Die Amerikaner haben mit der Bombardierung der Industriezonen Hanois und Haiphongs eine neue verschärfte Phase des Krieges in Vietnam eingeleitet. Sie versuchten vergeblich, die Weltöffentlichkeit zu beruhigen, daß keine Zivilpersonen direkt betroffen wurden. Hanoi drohte, die gefangenen amerikanischen Piloten es sind mindestens 60, nicht als Kriegsgefangene zu behandeln, sondern als Terroristen und Kriegsverbrecher zu verurteilen. Hanoi wies darauf hin, daß Amerika Nordvietnam nie formell den Krieg er-